

„Abgrenzung hat Folgen für den Forschungsstandort“

Das Beispiel Schweiz zeigt, welche Auswirkungen Fremdenfeindlichkeit für eine vernetzte Wissenschaft hat

Robert Prazak

Wien – Ausgerechnet am Montagabend, an jenem Tag, an dem das Ergebnis der Wahl des österreichischen Bundespräsidenten verkündet wurde, stand bei einem Club Research in Wien – einer Diskussionsplattform für Wissenschaft und Forschung – die Internationalisierung der Forschung auf dem Programm.

Der Hintergrund war zwar nicht unbedingt politischer Natur, denn Universitäten, Forschungszentren und Unternehmen beschäftigt derzeit vor allem der Spagat zwischen der notwendigen internationalen Ausrichtung und den nationalen Regulatorien, etwa bei der Forschungsförderung. Doch der Ausgang einer solchen Wahl und die politische Entwicklung insgesamt können gravierende Auswirkungen auf einen Forschungsstandort haben.

Das zeigt sich am Beispiel der Schweiz, wie Matthias Kaiserswerth in seinem Vortrag demonstrierte: Der Direktor der Hasler-Stiftung und Vizepräsident der Schweizer Kommission für Technologie und Innovation verwies auf die Folgen der Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“, die von der Schweizerischen Volkspartei (SVP) gestartet wurde, um die Zuwanderung mit Kontingenten zu begrenzen. Im Februar 2014

gaben die Schweizer der Initiative mit knapper Mehrheit ihre Zustimmung. „Es kann ein Klima geschaffen werden, in dem Wissenschaftler nicht mehr gerne in das Land kommen“, sagte Kaiserswerth, bis 2015 Direktor von IBM Research. Dabei würden alle Forschungsstandorte heute im Wettbewerb mit anderen Ländern stehen. „Eine Abgrenzung hat Folgen.“

Selbst die Schweiz kann es sich nicht leisten, bei der internationalen Vernetzung noble Zurückhaltung zu üben: Das Land nimmt daher an den Forschungsrahmenprogrammen der EU teil, dabei halten sich die Mittel, die aus der Schweiz in Richtung Brüssel geflossen sind, und jene Mittel, die aus der EU in die Schweizer Forschung gesteckt wurden, die Waage. Wichtig sind vor allem die Förderung einzelner Projekte sowie jene von Personen: Drei Viertel der Forscher in der Schweiz, die EU-Förderungen erhalten, sind Ausländer.

Die SVP-Initiative hatte auch Folgen für diese Zusammenarbeit zwischen der EU und der Schweiz: Wegen der Ablehnung der Reisefreizügigkeit für kroatische Staatsbürger wurde die Zulassung des Landes zum Programm Horizon 2020 vorläufig bis Ende des Jahres begrenzt; derzeit wird über eine einmalige Verlängerung ver-

handelt, nachdem der Bundesrat der Ausweitung auf Kroatien doch noch zugestimmt hat. Der Attraktivität des Forschungsstandortes Schweiz sind solche Entwicklungen erwartungsgemäß nicht gerade dienlich; in Österreich braucht man zumindest für den Moment ähnliche Auswirkungen nur im Konjunktiv durchzudenken.

Was macht einen Standort überhaupt attraktiv für Forscher aus dem Ausland? Matthias Kaiserswerth nannte dafür internationale Kooperationen, die Möglichkeit zur Mitnahme von Förderungen in andere Länder sowie Erleichterung bezüglich Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen. Beim Dis-

kussionsabend, der in Zusammenarbeit mit der Schweizer Botschaft organisiert worden war, verwies Thomas Henzinger, Präsident des IST Austria, auf die Grenzen der Internationalisierung: „Rechtliche und regulatorische Hürden stehen uns entgegen.“ So sei die Abwerbung eines Professors aus Deutschland allein wegen des Pensionsrechts schwierig.

Nach Ansicht von Sabine Herlitschka, Chefin von Infineon Österreich, findet Forschung nur dort statt, wo das nötige Know-how vorhanden ist und die Rahmenbedingungen passen. Österreich habe sich in dieser Hinsicht bisher gut platziert. 20 Prozent der rund 3500 Mitarbeiter in Österreich kommen aus anderen Ländern. „Europa muss sich im Kampf um die besten Köpfe klar positionieren“, meint sie.

Klaus Schuch, Direktor des Zentrums für Soziale Innovation (ZSI), verwies allerdings auf die steigende Bedeutung der Kosten von Forschung: „In Indien beispielsweise gibt es hervorragend ausgebildete Ingenieure, die günstiger arbeiten können.“ Er sieht die Renationalisierung als Gefahr für einen Forschungsstandort und nannte als Beispiel Russland. Auch in Österreich bestehe die Gefahr, dass das Klima für Forscher aus anderen Ländern schlechter werde.



Matthias Kaiserswerth von der Technologiekommission in Bern.

Foto: IBM Research